

Senatskanzlei
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg



Ökumenisches Forum HafenCity,
Shanghaiallee 12,
20457 Hamburg.

Hamburg, 05.11.2016

An den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,

die Stadt Hamburg hat sich in der Präambel ihrer Verfassung verpflichtet, „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ zu sein. Wie verträgt sich damit, dass ihr Hafen zur Drehscheibe des internationalen Waffenhandels geworden ist?

Die Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte hat am 26.2.2016 der Bürgerschaft und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg eine Petition übergeben mit 3 Forderungen:

- Transparenz aller Rüstungsexporte
- ihre politische Kontrolle und Einschränkung,
- Zielsetzung eines zivilen Hafens.

Mehr als 2.300 Bürger und Bürgerinnen haben die Petition mit ihren Unterschriften unterstützt. Die Bürgerschaft blockierte jedoch diese Ziele unter Berufung auf den Status quo und mangelnde Zuständigkeit. Eine Bewegung hin zu dem Verfassungsziel wurde nicht erkennbar.

Deshalb möchten wir sie jetzt zu einem ersten Schritt ermutigen, der ohne größere Komplikationen gangbar ist. Nach dem Transparenzgesetz wird bisher allein der Transport von Gefahrgütern bekannt gegeben. Der Umschlag von anderen Kriegswaffen und Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen, auch der von Massenvernichtungsmitteln wie den sog. Kleinwaffen, bleibt im Dunkeln. Dass über diese Container-Inhalte der Stadt keine Informationen vorliegen, ist nur die halbe Wahrheit. Anfragen von „Die Linke“ haben ergeben, dass durchaus konkrete und umfassende Informationen über die Hamburger Beteiligung an Rüstungsexporten beim Bundesministerium der Finanzen vorliegen und über die Zollcodes immerhin selektiv abgefragt werden konnten.

Wir erwarten deshalb vom Senat, dass er sich nicht auf Unzuständigkeit und Unkenntnis zurückzieht, sondern die ihm offen stehenden Wege zu den Bundesbehörden beschreitet und so für eine regelmäßige Information über die Ausfuhr aller Rüstungsgüter über den Hamburger Hafen sorgt.

Waffenexporte dürfen nicht mit der Freiheit des Handels gedeckt werden. Die Bürger der Stadt haben einen Anspruch darauf zu erfahren, welche todbringenden Güter, „legal“ oder illegal, unser Welthafen Hamburg „zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ in Umlauf bringt.

Transparenz ist noch keine Lösung für das Unheil, dass die Waffenexporte weltweit anrichten. Eine wirklich offene Informationspolitik würde aber ein Zeichen der Stadt dafür setzen, dass sie eine Verantwortung für die tödlichen Frachten übernimmt, an deren Verbreitung sie beteiligt ist.

Mit freundlichen Grüßen

für die Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte und die Unterzeichneten

M. Beier

W. Hertle

H. Ihmig

H. Janssen